



Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 und 14 DSGVO)

Amt für Migration und Integration Sachgebiet Flüchtlingsunterbringung/Meldeaufsicht

Nach den Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das oben genannte Amt des Landratsamtes Rastatt aufzuklären. Im Folgenden möchten wir der Informationspflicht gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO nachkommen.

1. Verarbeitung personenbezogener Daten

1.1 Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Amt für Migration und Integration – Sachgebiet Flüchtlingsunterbringung/Meldeaufsicht – verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zur Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Pflichtaufgaben und Erbringung von Leistungen im Rahmen freiwilliger Angebote. Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

- Aufnahme, Registrierung, Unterbringung, Aufenthalt, gegebenenfalls weitere Verteilung / Verlegung
- Erfassung sicherheitsrelevanter Vorkommnisse
- Öffentliche Gesundheitspflege

Hierzu zählen auch Beratungen und die Bearbeitung individueller Anliegen. In diesem Zusammenhang werden personenbezogene Daten auch zu statistischen Zwecken verarbeitet.

1.2 Grundlage der Verarbeitung

Sofern eine Einwilligung von Ihnen vorliegt, ergibt sich die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a i.V.m. Artikel 7, 8 DSGVO. Wenn für die Wahrnehmung einer Aufgabe die im öffentlichen Interesse liegt, die Verarbeitung erforderlich ist oder wenn die Verarbeitung in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe i DSGVO maßgebend. Darüber hinaus dienen als Rechtsgrundlage § 4 LDSG und Artikel 6 Absatz 3 DSGVO sowie spezialgesetzliche Regelungen, insbesondere § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) sowie des Asylgesetzes (AsylG), des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Baden-Württemberg (FlüAG), der Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung, des Bundesmeldegesetzes (BMG), des Datenaustauschverbesserungsgesetzes. Sofern der von Ihnen vorgetragene

Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

1.3 Insbesondere werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet

1.3.1 Stammdaten

- Vor- und Nachname, Titel
- Geburtsname, -datum und -ort
- Geschlecht
- Familienstand
- Staats- bzw. Volkszugehörigkeit
- Bankverbindung
- Adresse
- Telefonnummer
- E-Mailadresse
- Gesundheitsinformationen (sowie Verwendung medizinischer (Hilfs-) Mittel und pflegerischer Hilfeleistungen)
- Aktueller und früherer Unterbringungsort, Details zu Unterbringung
- Stand im asyl- bzw. ausländerrechtlichen Verfahren, darin angefallene Vorgänge sowie behördliche Aktenzeichen und Inhalte von Behördenschreiben
- Aufenthaltsstatus
- Nummer und Laufzeiten von Ausweisen
- Details zu Verstößen gegen Hausordnungen, Ordnungs- und Strafrecht, sonstige Vorkommnisse sowie Details zu Hausverboten
- Zuständige Ausländerbehörde
- Vertretungsberechtigte Personen (bspw. Bevollmächtigter/Rechtsanwalt/Betreuer)
- Ärzte, Hebammen und Sozialbetreuung
- Bezüge zu anderen Personen (bspw. Verwandte, Familienangehörige)
- Absenderdaten von Bewohnerpost bei Zustellungsverfahren

1.4 Quelle, aus der die personenbezogenen Daten stammen

Wir verwenden vor allem die personenbezogenen Daten, die Sie uns bei der Registrierung oder bei anderer Gelegenheit mitgeteilt haben oder die aus den von Ihnen mitgeführten Personal- und sonstigen Dokumenten ersichtlich sind. Darüber hinaus verarbeiten wir im Einzelfall auch weitere Informationen, die wir von anderen, mit ihrem asyl- oder ausländerrechtlichem Verfahren befassten Behörden / Kommunen im Rahmen der

gesetzlich vorgesehenen Übermittlungsregelungen oder – mit ihrer Einwilligung – von medizinischem Personal bzw. von Behandlern erhalten haben oder uns im Wege der Postzuleitung mitgeteilt worden sind.

1.5 Übermittlung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten können zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung an Dritte übermittelt werden; soweit dies im Rahmen der unter Ziffer 1.1 und 1.2 dieses Datenschutzinformativblatts dargelegten Zwecke und Rechtsgrundlagen zulässig ist. Ihre personenbezogenen Daten werden in unserem Auftrag auch auf Basis von Auftragsverarbeitungsverträgen nach Art. 28 DSGVO verarbeitet. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten sein:

- die Rechtsaufsichtsbehörden (Ministerium, Regierungspräsidium) nach Art. 6 Abs. 1 e DSGVO)
- andere Behörden (bspw. für die Unterbringung zuständige Regierungspräsidien, Sicherheitsbehörden, Einwohnermeldeämter, Ausländerbehörden, Sozialbehörden, Arbeitsagenturen, Gesundheitsämter, für die Anschlussunterbringung zuständige Kommune im Landkreis Rastatt, Polizeibehörden)
- Ärzte, Kliniken, Apotheken
- Schulen

Weitere Datenempfänger*innen können diejenigen Personen und/oder Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

2. Dauer der Speicherung / Aufbewahrungsfristen

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie es für eine abschließende Bearbeitung Ihres Anliegens notwendig ist. Personenbezogene Daten, für die gesetzliche oder anderweitig vorgeschriebene Aufbewahrungspflichten bestehen, werden für die Dauer der jeweiligen Aufbewahrungsfrist, wie folgt bestimmt: Ihre personenbezogenen Daten werden für die Dauer Ihres Aufenthalts in einer Staatlichen Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises Rastatt - zum Zweck der vorläufigen Unterbringung - gespeichert und im Anschluss routinemäßig ausgesondert.

3. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Pflichtaufgaben unabdingbar. Für alle weiteren Verarbeitungszwecke ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten freiwillig. Werden die personenbezogenen Daten allerdings nicht oder nicht vollständig mitgeteilt, kann dies, wenn die Zurverfügungstellung der personenbezogenen Daten hierfür erforderlich ist, eine Versagung der beantragten Leistungen zur Folge haben und/oder eine umfassende Beratung unmöglich machen.

4. Betroffenenrechte

4.1 Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung (Artikel 7 DSGVO)

Sie haben das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

4.2 Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht sofern nicht die Vorschriften der §§ 9, 13 Abs. 4, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 LDSG diesem Auskunftsrecht entgegenstehen, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die Verarbeitung.

4.3 Recht auf Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 16-19 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung - Artikel 16 DSGVO) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs.3 LDSG diesem Berichtigungsrecht entgegenstehen,
- Sie betreffende personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung) sofern nicht die Vorschrift der § 10 LDSG dem Recht auf Löschung entgegensteht und
- die Verarbeitung unter den Voraussetzungen des Artikels 18 DSGVO eingeschränkt wird (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht auf Einschränken der Verarbeitung entgegenstehen;

4.4 Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung oder auf einem Vertrag, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 20 DSGVO ein Recht auf Datenübertragung zu sofern nicht die Vorschriften des § 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegensteht.

4.5 Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage des Artikels 6 Abs. 1 Buchstabe e oder f DSGVO, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO ein Widerspruchsrecht zu sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegenstehen.

4.6 **Beschwerderecht (Artikel 77 DSGVO)**

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie, unbeschadet anderer Rechtsbehelfe, das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.

Kontakt:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Adresse: Königstraße 10a, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 6155410

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

5. **Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,

vertreten durch den Landrat

landrat@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1001

6. **Unsere Datenschutzbeauftragte**

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter

datenschutzbeauftragte@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1093